

Entwurf zur obligatorischen Aufgabe der Länder machen will, sind in NRW bereits seit 1967 durch die Regierung Kühn verwirklicht.

Der Entwurf enthält auch einen Ansatz zur strukturellen Gesundung der Krankenhäuser, indem er Kleinstkrankenhäuser mit weniger als 100 Betten, die weder wirtschaftlich noch medizinisch sinnvoll arbeiten können, nur noch in Ausnahmefällen fördern will.

All das wird sehr viel Geld kosten. Die Politiker werden die unpopuläre Aufgabe haben, dies der Öffentlichkeit klarzumachen.

Mit Geld allein ist es aber nicht getan, denn funktionsgerechte moderne Krankenhäuser müssen dieser Anforderung auch ihrer inneren Struktur nach gerecht werden. Hier Reformen einzuleiten überläßt der Bundesgesetzgeber aber mit Recht den Ländern. Der gesundheitspolitische Arbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion beschäftigt sich seit einiger Zeit mit entsprechenden Überlegungen, wobei er klassenkämpferischen Parolen eine deutliche Absage erteilt hat. Da die CDU im Entwurf der Bundesregierung bereits Aussagen zur inneren Reform der Krankenhäuser vermißt hat, wird man erwarten dürfen, daß sie sich hier in Nordrhein-Westfalen konstruktiv verhält, wenn dieses Problem auf Landesebene aufgegriffen wird.

FDP: Länder und Gemeinden sind benachteiligt

Die zukünftige Finanzierung der Krankenhäuser ist weder nach Volumen noch nach Art der Durchführung laut Meinung der FDP-Fraktion so geregelt, daß die Lasten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden gleichgewichtig verteilt sind. Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielt der sogenannte Bettenwert, der von Bund und Ländern unterschiedlich beurteilt wird. Der Bund geht von einem Bettenwert von 73 400 DM aus, während der Bundesrat 100 000 DM zugrunde legt. Die FDP-Fraktion ist der Meinung, daß der von der Bundesregierung genannte Bettenwert unrealistisch ist und zudem bei unterschiedlicher Erhöhung des Bettenwertes die Mehrausgaben einseitig zu Lasten der Länder und Gemeinden gehen würden. Die bereits jetzt vorhandene Deckungslücke von 1,1 Milliarden DM würde sich damit noch vergrößern. Notwendig ist deshalb einmal, daß die Beschränkung des Bundesanteils bei der Krankenhausfinanzierung nicht festgeschrieben wird, wie es im § 21 des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zur Krankenhausfinanzierung vorgesehen ist.

Zum anderen müßten die Grunderwerbskosten mit in die Investitionskosten aufgenommen werden. Die Länder könnten allerdings einen zusätzlichen Beitrag zu einer befriedigenden Regelung leisten, indem sie die Aufnahme von Krankenhäusern in den Bedarfsplan genauestens kalkulieren (etwa Berücksichtigung des Stadt-Landgefälles in der Bettenauslastung).

Die Alternative zu der vorgesehenen Regelung wäre die Finanzierung über kostendeckende Pflegesätze. Diese Regelung ist aber sozialpolitisch nicht unproblematisch. Ein möglicher Ausweg aus der Finanzierungsmisere wäre nach Ansicht der FDP-Fraktion eine sinnvolle Aufteilung der Lasten zwischen der öffentlichen Hand und den Sozialversicherungsträgern.

Porträt

Die Familientradition dachte ihm einen Beruf im Baufach zu. Doch der Anlauf zum Bau-Ingenieur endete bereits nach einem Aufbausemester an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Dann brach der gebürtige, im westfälischen Altena aufgewachsene Rheinländer Hans Joachim Bargmann mit der Familientradition. Er zog es vor, die ihm zugedachte Ausbildung zu beenden und sich trotz drohender Streichung des Studiengeldes „auf eine Tätigkeit mit Menschen“ vorzubereiten.

Wenn heute der Pädagoge und Politiker Bargmann für „aktive Bildungswerbung anstelle eines passiven Bildungsangebotes“ plädiert, so auch in Erinnerung an die wenig erfreuliche, selbst erlebte Situation, die eine im nachhinein und gegen den Willen des Elternhauses vollzogene Korrektur der Ausbildung für eine zu spät erkannte berufliche Neigung mit sich bringt.

Der Pädagoge Bargmann blieb für Reformen Gesprächsbereit, als er sich nach den Studienjahren in Karlsruhe, Münster und Marburg dem aktiven Schuldienst verschrieb. Er war beteiligt am Aufbau des Westfalen-Kollegs in Dortmund, dessen Modellcharakter für den zweiten Bildungsweg ein besonderes Engagement auf schulpolitischem Neuland verlangte.

Mit 35 Jahren machte sich der ehemalige SDS-Anhänger als jüngster Oberstudiendirektor, den es je an Rhein und Ruhr gab, in Wattenscheid an den Aufbau eines solchen Kollegs. Im eigenen Gymnasium und als SPD-Fraktionsführer im Rat der Bergarbeiterstadt setzte sich Bargmann für neue Entwicklungen ein, die u. a. 1965 in einem Schulentwicklungsplan Wattenscheid mit dem Schwerpunkt multifunktionaler Schulzentren ihren Niederschlag fanden. Seine Bemühungen, die Unterprivilegierung der Kinder aus Arbeiterfamilien an weiterführenden Schulen zu beseitigen, schlug 1969 in Wattenscheid mit 35 Prozent bei einem Landesdurchschnitt von 12 Prozent überzeugend zu Buch.

Als gewerkschaftlich organisierter Pädagoge, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und seiner Neigung, „Statusverunsicherungen“ nicht zu scheuen, zählt der Mitverfasser der bildungspolitischen Leitsätze des SPD-Landesvorstandes



**Hans-Joachim Bargmann (SPD),
Vorsitzender des Kulturausschusses**

„reaktionäre Philologen zu den zuverlässigsten Gegnern“.

Gleichwohl hält der Politiker Bargmann, den „die Begegnung mit Wolfgang Abendroth in den Marburger Nachtseminaren entscheidend prägte“ und den heute noch eine feste Freundschaft zu dem Wissenschaftler verbindet, im demokratischen Kräftespiel das „Freund-Feind-Verhältnis“ für überholt, wenngleich er weder harte, sachliche Auseinandersetzungen meidet, noch sich notwendigen Kompromissen mit seinen politischen Gegnern verschließt.

So wußte er sich mit der CDU-Opposition zu arrangieren, als in Wattenscheid 9000 Arbeitsplätze für arbeitslos gewordene Bergleute durch neue Industrieansiedlungen geschaffen werden mußten.

Als Kulturausschußvorsitzender im Landtag wirkte er bei der äußeren Schulreform mit, versachlichtete die Hochschuldebatte durch öffentliche Hearings und sieht als vordringlichste Aufgabe jetzt die innere Schulreform. Als Beigeordneter der Stadt Essen praktizierte er „mit dem Versuch einer offenen Planung unter Mitwirkung der Bürger bei der Standortfindung für die Gesamthochschule Essen“ ein bisher in Europa beispielloso gebliebenes Verfahren fortschrittlicher Hochschulpolitik.

In seiner Freizeit bereichert Bargmann, dem Werkstattinszenierungen mehr als das etablierte Theater liegen, seine umfangreiche Schallplatten- und Tonbandsammlung aus den Repertoires politischer Kabarets durch selbst mitgeschnittene Neuaufnahmen. Und davon kann ihn nur ein Fußballspiel abhalten.

Gerhard Elsner